

Presseinformation

aus der Projektwerkstatt

Datum: 28.05.05

Politischer Prozess in Gießen

Vernehmungshöhepunkte in den nächsten Verhandlungsterminen: Staatsschützer und ihre Lügen vor Gericht!

"Hinter dem Gericht sind zwei milchgläserne Fenster. Offensichtlich soll mensch nicht ständig sehen, was dahinter ist. Verschwommen ist noch erkennbar eine Mauer. Darauf befindet sich Stacheldraht und dahinter befindet sich der Friedhof des sozialen Mordens, dass hier in diesem Saal und dem ganzen Gebäude ständig stattfindet." Mit diesen Worten leitete ein Angeklagter seine allgemeine Einlassung am zweiten Tag des politischen Prozesses in Gießen ein. Sichtbar war eine deutlich abwehrende Mimik bei Gericht und Staatsanwaltschaft, doch der Satz fand sogar Eingang in die örtliche Presse. Wer noch zweifelte daran, dass Strafe und Knast das soziale Leben eines Menschen töten, konnte am gleichen Abend in einer Veranstaltung mit langjährigen Häftlingen erfahren, wie brutal das Regime der Persönlichkeitsbrechung hinter den Mauern war.

Die persönlichen Einlassungen der Angeklagten bildeten den Abschluss der Eingangsphase zum auf zunächst 10 Verhandlungstage bis Ende April angesetzten Prozess wegen vermeintlicher Straftaten mit politischem Hintergrund. Doch schon die ersten Tage zeigten, dass es um etwas ganz anderes gehen wird – nämlich die Frage, ob und wie weit systematisch von Zeugen und ihren Vorgesetzten Straftaten erfunden, Beweismittel gefälscht oder in Details gelogen wurde. Das hatten die Angeklagten bereits in der ersten Instanz vermerkt, wo sie in einem skandalösen Urteil bis zu 9 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wurden. In den Monaten danach beteiligten sich mehrere Gießener Gruppen unter dem Schock des Urteils und der Prozessverlaufs vorher an der Recherche zu der Repression gegen politisch unerwünschte Personen. Heraus kamen dabei inzwischen zwei volle Dokumentationen mit Belegen über Fälschungen, Erfindungen und Hetze – beide einsehbar unter www.polizeidoku-giessen.de.vu.

Doch es kam dicker für die Anklagevertreter und die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen. Im Vorfeld des nun laufenden Prozesses gelang es den Angeklagten, dem CDU-Stadtverordnetenvorsteher Gail als Zeugen eine Falschaussage in der ersten Instanz sowie die Belügung von Stadtparlament und Öffentlichkeit nachzuweisen. Die Reaktion der führenden Politiker bis hin zu den Oppositionsparteien SPD und Grüne war fatal: Alle stellten sich hinter den als Lügner Überführten und drückten in öffentlichen Erklärungen sogar ihre Hoffnung aus, dass die Enthüllungen den Angeklagten nichts nützen werde. Doch danach sieht es nicht mehr aus – zumindest die öffentliche Debatte findet nun statt. Konnte sie im Parlament bisher noch durch Geschäftsordnungstricks verhindert werden, haben die Angeklagten im laufenden Prozess eine Vielzahl von Anträgen gestellt, um die Lügen von Politikern und Polizei im Verfahren aufzuarbeiten. Staatsanwalt Vaupel, der die Fälschungen und Lügen bisher deckte, geriet dabei mehrfach selbst unter Druck. Die Angeklagten beantragten in mehreren Fällen die Beschlagnahme von Unterlagen und Beweismitteln bei Polizei und Staatsanwaltschaft, um weitere Unterschlagung, Vertuschung und Fälschung zu verhindern.

Absender:
Die Angeklagten

Hinweis:
Diese Presseinformation ist keine Stellungnahme "der" Projektwerkstatt. Die Projektwerkstatt ist ein offenes politisches Zentrum ohne Leitung und vertritt keine Position nach außen. Alle in der Projektwerkstatt aktiven Personen und Gruppen sprechen nur für sich selbst.

Gegen Stellvertretung und kollektive Identitäten!



Projektwerkstatt im Kreis Gießen

Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/90328-3, Fax -5
Handy 0171/8348430

E-mail: saasen@projektwerkstatt.de
www.projektwerkstatt.de/saasen

Bahnhof: Saasen
(Linie 635: Gießen - Fulda)
(Bus 5100: Gießen - Grünberg)

Ab 4. April: Staatsschützer im Zeugenstand

Am ersten Verhandlungstag nach Ostern, den 4. April (Montag), kommen nun die ersten wichtigen Zeugen – vor allem Beamte des Gießener Staatsschutzes. Dort in den oberen Etagen des Gießener Polizeipräsidiums seien die meisten Lügen und Fälschungen ausgeheckt worden, mutmaßen die Angeklagten. Folglich wird die Vernehmung des ehemaligen Staatsschutzchefs Puff und weiterer Staatsschutzbeamter spannend, stossen hier doch die jahrelang für die Kriminalisierung und Verfolgung politischer Opposition Zuständigen mit denen aufeinander, die deswegen nun angeklagt wurden. "Ex–Staatsschutzchef Puff hat schon mehrfach geschlagen und gedroht, er hat selbst in der ersten Instanz dieses Prozesses mehrfach nachweislich gelogen", kritisiert ein Angeklagter den Hauptzeugen des nächsten Prozesstages. An drei Tagen will das Gericht die Vorwürfe von Gießener Polizisten prüfen, die von den Angeklagten verletzt worden sein wollen. "Alles erfunden – wie so vieles", werfen diese ihrerseits der Polizei miese Machenschaften vor. Zum Ex–Staatsschutzchef haben Kritiker der Gießener Polizei sogar eine Extra–Internetseite zusammengestellt mit dem vielsagenden Namen www.ver-puff-dich.de.vu.

Noch offen: Die Klärung von Fälschungen und Erfindungen

Ungeklärt sind immer noch etliche Anträge der Angeklagten aus dem zweiten Prozesstag. Dort hatten sie detailliert Fallbeispiele für Fälschungen und Beweismittelunterschlagung durch die Gießener Polizei benannt und etliche Beweis– oder Aussetzungsanträge dazu gestellt. Diese Anträge wurden bislang vom Gericht nicht behandelt. Die Angeklagten wollen führende Polizeifunktionäre in den Zeugenstand holen und erfundene Beweismittel beschlagnahmen lassen. Auch dem Staatsanwalt unterstellten sie in mehreren Fällen Vertuschung und Fälschungen, so dass auch dort fehlende Beweismittel sicherzustellen seien, um welche Unterschlagung und Erfindungen zu verhindern. Das Zögern des Gerichtes, die Anträge zu bescheiden, verschlechtert nach Auffassung der Angeklagten ihre Möglichkeiten: "Wir wollen nachweisen, dass die Ermittlungsbehörden in Gießen nach Interessen der Obrigkeit handeln und ständig vertuschen statt ermitteln. Wir fürchten nun, dass sie genug Zeit haben, ihre Akten und Asservatenkammern zu bereinigen", kritisieren die Angeklagten die Nichtbehandlung der Anträge. Sie kündigten weitere Belege für ihre Vorwürfe gegen Polizei und Staatsanwaltschaft an.

Filz der Eliten: Schikanen gegen die Angeklagten

Schon im Vorfeld des Prozesses wurden den Angeklagten Steine in den Weg gelegt. Das Gericht und auch höhere Instanzen lehnten die Beiordnung von Pflichtverteidigern ab mit der fadenscheinigen Begründung, der Prozess sei einfach gelagert. Ohne diese Beiordnung hätten Rechtsanwälte aber ca. 20.000 Euro gekostet – unmöglich für die Angeklagten, die ihr Leben jenseits von Geld– und Marktorientierung bestreiten. Am zweiten Prozesstag, als die Beweisaufnahme begann, hatten die Angeklagten nicht einmal vollständige Akten zu ihrer Verteidigung. Einen Antrag auf Unterbrechung bis zur Aktenübergabe lehnte das Gericht jedoch ab. "Es ginge auch ohne Akten", formulierte frech der Staatsanwalt. Auch rund um das Verfahren gab es absurde Schikanen – angefangen von martialischen Sicherheitsprüfungen vor und im Gericht über das Verbot, Getränke mit zur Anklagebank zu nehmen bis zur Hetze in einer Gießener Tageszeitung mit dem Ziel, den Angeklagten jeden Raum für Treffen und Veranstaltungen zu nehmen. Die Leitungen der beiden Gießener Hochschulen fügten sich artig. Sie sperrten Räume für justizkritische Veranstaltungen verschiedener Gruppen und wechselten sogar ohne Rücksprache und Legitimation die Schlösser für einige Räume aus.

Nähere Informationen zum laufenden Prozess, die Termine einschließlich etlicher Abendveranstaltungen zum Thema Polizei und Justiz sind zu finden unter www.projektwerkstatt.de/prozess.